



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Kreisverband Aurich e.V.
- Migrationsberatung -

Niedersachsen

**Kooperative
Migrationsarbeit
Niedersachsen**

Regionalverbund Ostfriesland

Bleiberechtsregelung

Beschluss der Innenministerkonferenz vom 17.11.2006

Begünstigte Personen

- Ausländer/innen, die mindestens ein minderjähriges Kind haben, das den Kindergarten oder die Schule besucht,
und vor dem 17.11.2000 nach Deutschland eingereist sind und sich hier seitdem ununterbrochen aufhalten
- Ausländer/innen mit einem minderjährigen Kind, das nicht den Kindergarten oder die Schule besucht,
die vor dem 17.11.1998 nach Deutschland eingereist sind und sich hier seitdem ununterbrochen aufhalten
- Ausländer/innen ohne minderjähriges Kind,
die vor dem 17.11.1998 nach Deutschland eingereist sind und sich hier seitdem ununterbrochen aufhalten
- erwachsene unverheiratete Kinder, die minderjährig eingereist sind,
wenn es gewährleistet erscheint, dass sie sich auf Grund ihrer bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse dauerhaft integrieren werden
Sie können unabhängig von ihren Eltern eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Voraussetzung: Erwerbstätigkeit und gesicherter Lebensunterhalt

- Bestehen einer dauerhaften Erwerbstätigkeit am 17.11.2006, durch die der Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen (Asylbewerberleistungsgesetz) gesichert ist
und zu erwarten ist, dass der Lebensunterhalt auch in Zukunft gesichert sein wird.
Die Erwerbstätigkeit kann auch in mehreren Arbeitsverhältnissen (z.B. Mini-Jobs) oder von mehreren Familienangehörigen ausgeübt werden.

Ausnahmen vom gesicherten Lebensunterhalt bei

- Auszubildenden in anerkannten Lehrberufen
- Familien mit Kindern, die nur vorübergehend auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind
- Alleinerziehenden mit Kindern unter drei Jahren, die vorübergehend auf Sozialleistungen angewiesen sind
(bei einem älteren Kind nur dann, wenn seine Betreuung in einer Tageseinrichtung, in Tagespflege oder auf sonstige Weise nicht sichergestellt werden kann)

- erwerbsunfähigen Personen, deren Lebensunterhalt einschließlich einer erforderlichen Betreuung und Pflege ohne staatliche Leistungen dauerhaft gesichert ist (z.B. durch Angehörige)
(Leistungen aus Beitragszahlungen, z.B. Renten, stehen einem Bleiberecht nicht entgegen)
- Personen, die am 17.11.2006 das 65. Lebensjahr vollendet haben,
wenn sie im Herkunftsland keine Familie haben, aber in Deutschland Kinder oder Enkel mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht oder deutscher Staatsangehörigkeit leben
und sie keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen

weitere Voraussetzungen

- Die Familie verfügt über ausreichenden Wohnraum.
- Der tatsächliche Schulbesuch aller schulpflichtigen Kinder wird durch Vorlage eines Zeugnisses nachgewiesen. Eine positive Schulabschlussprognose kann verlangt werden.
- Alle in das Bleiberecht einbezogenen Personen verfügen bis zum 30.9.2007 über ausreichende mündliche Deutschkenntnisse (Stufe A 2).
Davon wird abgesehen, wenn eine Person diese Deutschkenntnisse wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht erlernen kann.

Ausländer/innen ohne Erwerbstätigkeit

- Ausländer/innen, die bisher nicht erwerbstätig sind, aber sonst alle anderen Voraussetzungen erfüllen, erhalten eine Duldung bis zum 30.9.2007, um ihnen eine Arbeitsplatzsuche zu ermöglichen.
Wenn sie ein verbindliches Arbeitsplatzangebot nachweisen, das den Lebensunterhalt der Familie ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen langfristig sichert, erhalten sie eine Aufenthaltserlaubnis.

Ausschlussgründe

- vorsätzliche Täuschung über aufenthaltsrechtliche relevante Umstände (z.B. Identität, Herkunft)
- vorsätzliche Verzögerung oder Behinderung einer Abschiebung (z.B. Untertauchen, Verletzung von Mitwirkungspflichten, wenn dadurch Abschiebung verzögert oder verhindert wurde)
- Vorliegen von Ausweisungsgründen wegen Straftaten
- Verurteilung wegen einer Straftat
(Geldstrafen bis 50 Tagessätze bleiben unberücksichtigt;
Geldstrafen bis 90 Tagessätze wegen Verstöße gegen das Ausländergesetz/Aufenthaltsgesetz oder das Asylverfahrensgesetz bleiben unberücksichtigt)
Hat ein Familienmitglied Straftaten begangen, ist grundsätzlich die ganze Familie (Eltern und minderjährige Kinder) vom Bleiberecht ausgeschlossen.
Bei Kindern ab 16 Jahren kann dann trotzdem in Ausnahmefällen ein Bleiberecht erteilt werden, wenn sie sich seit mindestens acht Jahren in Deutschland aufhalten, sechs Jahre eine Schule besucht haben und ihr Lebensunterhalt und ihre Betreuung gewährleistet ist.
- Verbindungen zu extremistischen oder terroristischen Gruppen

Ein Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung kann bis zum 17.5.2007 gestellt werden.

Eine Antragstellung ist zwar ab sofort möglich, die Ausländerbehörden können die Bleiberechtsregelung aber erst dann anwenden, wenn ein Erlass des Niedersächsischen Innenministeriums zur Umsetzung vorliegt. Erst dann können die Ausländerbehörden entscheiden, ob im Einzelfall die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis vorliegen.

Diese Kurzinformation ersetzt keine Beratung! Bitte wenden Sie sich für eine individuelle Beratung an eine Beratungsstelle oder einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin.